

"Genossenschaften müssen über ihren Schatten springen"

Autor(en): **Guler, Anna / Bachmann, Rebecca**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Wohnen**

Band (Jahr): **71 (1996)**

Heft 3

PDF erstellt am: **27.06.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-106339>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.



Monatlich ersuchen in der Schweiz zwischen 1000 und 1500 Personen um Asyl. Sind sie einmal als Flüchtlinge anerkannt, müssen sie sich hier eine Existenz aufbauen, eine Wohnung suchen. Anna Guler arbeitet beim Schweizerischen ArbeiterInnenhilfswerk (SAH) und war jahrelang in der Flüchtlingsarbeit tätig. «Wohnen» sprach mit ihr über ihre Erfahrungen.

«GENOSSENSCHAFTEN MÜSSTEN ÜBER IHREN SCHATTEN SPRINGEN»

Wohnen: Frau Guler, wie gehen Sie vor, um für Flüchtlinge eine Wohnung zu finden?

Anna Guler: Wir vermitteln den Flüchtlingen nicht direkt eine Wohnung, wir beraten und unterstützen sie lediglich dabei – es ist nicht sinnvoll, wenn wir ihnen alles abnehmen. Wir stellen ihnen ein Schreiben aus, welches bestätigt, dass sie anerkannte Flüchtlinge sind, dass sie allenfalls Recht auf Fürsorgegelder haben und dass wir als Hilfswerk zuständig sind.

Sie sprechen das Thema Fürsorgegelder an. Wie ist denn das finanziell geregelt?

Wir stellen den Leuten ein Budget zusammen, das nach den SKÖF-Richtlinien (Schweizerische Konferenz der öffentlichen Fürsorge) berechnet wird. Flüchtlinge verdienen in der Regel sehr wenig. Auch wenn sie eigentlich gut ausgebildet sind, finden sie keine entsprechende Stelle, putzen oder arbeiten im Gastgewerbe. Wo das oft knappe Salär für den Lebensunterhalt nicht ausreicht, gleicht das Bundesamt für Flüchtlinge den Fehlbetrag aus.

Wieviel Geld steht denn einem Flüchtling für eine Wohnung zur Verfügung?

Gemäss SKÖF rechnet man pro Flüchtling mit 1000 Franken, pro Person kommen 200 Franken dazu.

1000 Franken, das ist nicht viel Geld. Es ist wahrscheinlich für Flüchtlinge nicht einfach, eine günstige Wohnung zu finden...

Es ist sehr, sehr schwierig. Viele Verwaltungen möchten keine Flüchtlinge aufnehmen. Melden sich diese auf ausgeschriebene

Wohnungen, ist plötzlich doch keine Wohnung zu vermieten oder sie ist schon vergeben. Wenn ich darauf denselben Vermieter anrufe, werde ich freundlichst zu einer Besichtigung eingeladen.

Weshalb glauben Sie, sind denn so viele Verwaltungen nicht bereit, Flüchtlingen eine Wohnung zu geben?

Viele haben schlechte Erfahrungen gemacht mit Ausländern und nehmen zum Beispiel aus Prinzip keine Albaner oder keine Türken mehr auf. Schlechte Erfahrungen gibt es natürlich, das bestreite ich gar nicht, aber es gibt auch viele Schweizer, die sich schlecht in eine Gemeinschaft integrieren können, man darf da nicht so verallgemeinern.

Wie steht es mit Genossenschaften? Finanziell wäre es doch für Flüchtlinge sicher eine Chance, in einer Genossenschaft zu wohnen...

Sicher, nicht nur finanziell. In einer Genossenschaft hätten Flüchtlinge auch bessere Möglichkeiten, sich zu integrieren, Kontakt zu den Nachbarn zu finden. Leider sind auch hier die Verwaltungen nicht viel toleranter, manche vermieten prinzipiell nur an Leute mit einer Niederlassungsbewilligung C. Irgendwie müssten die Genossenschaften da über ihren eigenen Schatten springen und sich überlegen, ob ihr erklärtes Ziel – günstigen Wohnraum zu schaffen – sich wirklich nur auf einkommensschwache Schweizer bezieht oder eben nicht auch auf Flüchtlinge, die ja so darauf angewiesen wären.

Ist das Misstrauen der Verwaltungen nicht zum Teil berechtigt? Flüchtlinge, die aus einer gänzlich fremden Kultur stammen, haben

nun einmal andere Vorstellungen vom Zusammenleben – Konflikte mit Schweizer Nachbarn sind wahrscheinlich fast nicht zu vermeiden...

Wir bereiten die Leute natürlich auf das Leben in der Gemeinschaft vor, erzählen, wie man hier so lebt, dass man ab 20 Uhr keinen Lärm macht, am Sonntag keine Wäsche wäscht. Daneben hat aber jedes Haus seine eigenen Regeln, die auch Schweizer Neuzuzüger erst lernen müssen.

Sind Flüchtlinge, die in die Schweiz kommen, denn überhaupt bereit, sich zu integrieren, mit Schweizern zusammenzuwohnen? Wir können ihnen unsere Kultur ja auch nicht einfach aufzwingen.

Natürlich gibt es Leute, die sich am Anfang lieber etwas zurückziehen, aber das können sie auch in einem Haus, wo auch Schweizer wohnen.

Generell sind aber diejenigen Flüchtlinge, die in die Schweiz kommen, auch bereit, sich zu integrieren. Natürlich kann man ihnen nicht einfach die Schweizer Kultur aufzwingen, aber sie müssen wissen, wie wir hier leben, es sollte eine Art Austausch stattfinden.

Was halten Sie von der schweizerischen Flüchtlings- und Ausländerpolitik? Müsste die Schweiz mehr Flüchtlinge aufnehmen?

Ich finde, Menschen, die aus politischen Gründen zu uns kommen, müssen aufgenommen werden. Ein weiterer Beitrag zur Integration wäre das Stimm- und Wahlrecht für alle Ausländer/innen mit Bewilligung C und die rasche Einbürgerung.

INTERVIEW: REBECCA BACHMANN